

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
24.01.2008, 20:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender und 1. stellv. Bürgermeister:	Karl-Heinz Funke
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Christine Lampe
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
2. stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Karin Agostini
	Karlheinz Bäker
	Reinhard Berndt
	Rudolf Böcker
	Karin Boomhuis
	Jürgen Bruns
	Gerald Chmielewski
	Ilonka Etzold
	Jost Etzold
	Jens-Olaf Fianke
	Walter Heidenreich
	Susanne Herbst
	Erich Hillebrand
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Kurt Klose
	Bernd Köhler
	Walter Langer
	Alfred Müller
	Hans-Hermann Niebuhr
	Peter Nieraad
	Georg Ralle
	Claudia Rohlfs
	Steffen Schwärmer
	Peter Tischer
	Dorothea Weikert
	Herbert Zeidler
Gleichstellungsbeauftragte:	Brigitte Kückens
von der Verwaltung:	Rainer Adler
	Heinz Behrens
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 13.12.2007
- 3 **Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Varel**
- 4 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 4.1 **Verwaltungsausschuss am 29.11.2007**
Ausschuss für Familien und Soziales am 19.11.2007
- 4.1.1 Seniorenpass 2008
- 4.1.2 Tag der älteren Generation
- 4.2 **Verwaltungsausschuss am 17.01.2008**
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 08.01.2008
- 4.2.1 Bebauungsplan Nr. 185 "Gewerbebeerweiterung Am Hafen" und 1. Änderung Flächennutzungsplan -Abwägung und Satzungsbeschluss
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 **Behandlung von Anfragen und Anregungen**
- 7 **Einwohnerfragestunde**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Funke eröffnet um 20:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine größere Anzahl Varelser Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass die Ratsherren I. Chmielewski, Bunjes, I. Langer, Rathkamp und Redeker entschuldigt fehlen

Ratsherr Kickler äußert seinen Unmut darüber, dass entgegen einer Absprache zu dieser Ratssitzung eingeladen wurde, obwohl Ratsherr I. Chmielewski in Urlaub ist und nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Ratsvorsitzender Funke entgegnet, dass er diese „Absprache“ anders in Erinnerung hat. Die Ratsmitglieder einigen sich dahingehend, dass bei den Tagesordnungspunkten 4.1.1 und 4.1.2 ein SPD-Mitglied nicht mitstimmt. Dieses ist dadurch erfüllt, dass Herr Bunjes fehlt.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 13.12.2007

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel am 13.12.2007 wird einstimmig genehmigt.

3 Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Varel

Der Rat der Stadt Varel hat in seiner Sitzung am 02.11.2006 eine Änderung des § 24 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Varel – Ständige Ausschüsse der Stadt Varel – beschlossen und im übrigen bestimmt, dass alle bisherigen Regelungen bis zur Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung in Kraft bleiben.

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.12.2006 wurde verwaltungsseitig um Vorlage eventueller Änderungsanträge zur Geschäftsordnung gebeten.

Gemäß beigefügtem Schreiben vom 28.03.2007 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag auf Vorverlegung der Einwohnerfragestunde an den Anfang der Tagesordnung gestellt. Die Fraktion MMW beantragt per beigefügter E-Mail vom 06.12.2007 im Rahmen der Änderung der Geschäftsordnung ebenfalls, die Einwohnerfragestunde künftig an den Anfang der Sitzung zu stellen.

Die Bürgerinitiative Langendamm e.V. schließlich bittet um Zustimmung zu der Verlegung der Einwohnerfragestunde vor die eigentliche Beschlussfassung.

Die SPD-Fraktion beantragte mit anliegendem Schreiben vom 24.01.2008 die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Varel zusätzlich dahingehend zu ändern, dass die Einwohnerfragestunde in den Sitzungen der Ausschüsse des Rates der Stadt Varel vor Eintritt in die Tagesordnung und in den Sitzungen des Rates der Stadt Varel nach Abhandlung der Tagesordnung stattfindet.

Nach § 43 a Abs. 1 NGO kann der Rat bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit einräumen, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Gemeindeangelegenheiten zu stellen. Das Nähere wird gemäß § 43 a Abs. 4 NGO in der Geschäftsordnung geregelt, d.h., der Rat entscheidet in der Geschäftsordnung darüber, ob Einwohnerfragestunden durchgeführt werden, welche Angelegenheiten Gegenstand von Fragen sein sollen und über das Verfahren, wie beispielsweise die Platzierung der Einwohnerfragestunde im Sitzungsablauf, die Befristung auf eine bestimmte Dauer oder Regelungen darüber, wer die Antworten erteilt.

In der derzeit geltenden Geschäftsordnung vom 02.11.2006 ist in den §§ 5 und 18 geregelt, dass die Einwohnerfragestunde am Ende einer öffentlichen Ratssitzung bis zu einer Dauer von 30 Minuten stattfinden kann.

Unabhängig von der Frage des Vorziehens der Einwohnerfragestunde an den Anfang der Tagesordnung oder dem Belassen am Ende der öffentlichen Ratssitzung sind einige Bestimmungen der Geschäftsordnung aufgrund gesetzlicher Neuregelungen bzw. aus Zweckmäßigkeitserwägungen oder aus redaktionellen Gründen zu

ändern. Art und Umfang dieser Änderungen ergeben sich im einzelnen aus der mit der Einladung versandten synoptischen Darstellung und dem Entwurf A zur Geschäftsordnung.

Ratsvorsitzender Funke gibt bekannt, dass die Fraktionen sich dahingehend geeinigt haben, dass die Einwohnerfragestunde im Rat und in den Fachausschusssitzungen bei Bedarf im Sitzungsverlauf vor Behandlung der Tagesordnungspunkte stattfinden soll.

Ratherr Hinz begrüßt die Entscheidung und regt an, zukünftig die Einwohnerfragestunde zu protokollieren.

Ratsherr Tischer ist froh über den gefundenen Kompromiss, befürchtet aber, dass trotzdem den Erwartungen der Bürger nicht entsprochen werden kann. Gelebte Demokratie lässt sich nicht über die Geschäftsordnung abbilden und regeln. Bislang war die CDU-Fraktion der Auffassung, dass die Einwohnerfragestunde im Rat vorgezogen und in den Fachausschüssen so belassen werden sollte. Das Thema der Anregungen und Beschwerden ist in § 19 der Hauptsatzung geregelt. Nach Ansicht des Ratsherrn Tischer bedarf es noch anderer Instrumente, als bisher, wenn Demokratie intensiver gelebt werden soll. Die Regelung, in den Fachausschusssitzungen die Einwohnerfragestunde am Ende durchzuführen, hätte aus Sicht der CDU-Fraktion beibehalten werden können, denn die Bürgermeinung hätte noch ohne weiteres in die weitere Beratung mit einfließen können. In der vorgezogenen Einwohnerfragestunde ist eine Information, Beratung und Anhörung, wie sie die Bürger erwarten, nicht leistbar und gesetzlich nicht zulässig. Ratsherr Tischer regt daher an, weiterhin daran zu arbeiten, dass gelebte Demokratie besser möglich ist. Er schlägt vor, dass der Ausschussvorsitzende bei Bedarf die Sitzung unterbricht und den Bürgern die Möglichkeit gibt, Fragen zu stellen. Gleichzeitig würde eine vermehrte Bürgerinformation aller Fraktionen gleichzeitig die Qualität der Demokratie verbessern. Demokratie kann aber nicht bedeuten, dass man ausschließlich dem Kreis der Anwesenden Rechnung trägt. Die Ratsmitglieder sind verpflichtet sich mit dem Gesamtproblem auseinander zu setzen.

Die FDP-Fraktion begrüßt die neue Offenheit zur Bürgerbeteiligung. Sie sehen aber auch, dass die Bürger nicht nur Fragen stellen, sondern auch ihre Meinung sagen, Bedenken äußern und Anregungen geben möchten. Dieses stellt für alle Ratsmitglieder eine wichtige Informationsbasis dar. Ratsfrau Etzold würde es als zweiten Schritt gut finden, wenn eine Möglichkeit gefunden werden könnte, wie die Anregungen und Meinungen in den Beratungsprozess einfließen könnten. Sie befürwortet die Vorschläge des Bürgermeisters, mehr Informationsveranstaltungen durchzuführen oder auch Sitzungen zu unterbrechen, um Meinungen zu dem Thema einzufordern.

Ratsvorsitzender Funke weist darauf hin, dass eine Unterbrechung der Sitzung nur in den Fachausschusssitzungen zulässig ist und schon immer die Bürgerfragestunde großzügig gehandhabt wurde.

Ratsherr Müller fordert alle Bürger im Rahmen der Bürgerbeteiligung auf, sich auch außerhalb der Sitzungen direkt mit Fragen, Bedenken und Anregungen an die Ratsmitglieder zu wenden. In ihrem Antrag sprach sich die SPD-Fraktion für ein Vorziehen der Einwohnerfragestunde im Fachausschuss und ein Beibehalten der alten Regelung im Rat aus.

Die Fraktion MMW freut sich über die Einigung. Sie haben ihren Antrag gestellt, damit überhaupt Bürgernähe möglich ist.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Varel wird auf der Grundlage der Anträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 28.03.2007 und der MMW vom 06.12.2007 dahingehend geändert, dass die Einwohnerfragestunde bei Bedarf im Sitzungsablauf vor der Behandlung der Tagesordnungspunkte stattfindet, sowie der anderen im Entwurf B zur Geschäftsordnung enthaltenden Änderungsvorschläge.

Einstimmiger Beschluss**4 Berichte und Anträge der Ausschüsse****4.1 Verwaltungsausschuss am 29.11.2007****Ausschuss für Familien und Soziales am 19.11.2007****4.1.1 Seniorenpass 2008**

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass es heute darum geht, ob der Seniorenpass mit einer Gebühr oder weiterhin kostenfrei abgegeben werden soll. Von einigen wird die kostenfreie Ausflugsfahrt, die der Stadt ca. 30.000 € kostet, negativ gesehen. In diesem Zusammenhang bedankt sich Ratsherr Müller bei den ehrenamtlichen Helfern der Ausflugsfahrt, insbesondere der AWO und dem Roten Kreuz. Er stellt sich die Frage, ob das freiwillige ehrenamtliche Engagement da sein würde, wenn eine Gebühr für den Seniorenpass genommen wird. Aus seiner Sicht wird eine Stimmung geschürt, als ob die Nutzer des Seniorenpasses für das Haushaltsdefizit der Stadt Varel verantwortlich sind. Diese Verbindung hält er für eine falsche und oberflächliche Argumentation. Der Seniorenpass eignet sich nicht für die Konsolidierung des Haushaltes. Das Haushaltsdefizit wird durch Steuerausfälle verursacht. Der Seniorenpass ist nur ein Teil von vielen freiwilligen Leistungen der Stadt Varel, z. B. für die Jugendpflege werden ca. 383.000 € im Jahr ausgegeben, was er auch für sinnvoll hält. Dagegen ist ein Betrag von 30.000 € für die Seniorenbetreuung verschwindend klein. Es gibt auch andere Bereiche in denen die Stadt freiwillige Leistungen erbringt. Den älteren Bürgern wird mit dieser Ausflugsfahrt ein Stück Lebensfreude gegeben. Das sollte ihnen nicht genommen werden, in dem der Seniorenpass mit Gebühren belegt wird. Es ist ein kleines Dankeschön an die Leistungen der älteren Generation. Die SPD-Fraktion lehnt eine Gebühr ab, da sie davon überzeugt ist, dass sich viele Bürger sonst nicht leisten können mitzufahren. Die SPD steht daher für den Seniorenpass in der bisherigen Form.

Ratsherr Schwärmer weist darauf hin, dass die Ausgaben für die Jugendarbeit im sozialen Gesetzbuch festgeschrieben sind, Seniorenarbeit dagegen nicht. Bei einer besseren Haushaltslage würde die MMW den Seniorenpass mittragen. Sie fordern eine qualitativ bessere Nutzung der Gelder und eine bessere soziale Form der Seniorenarbeit, wie sie es schon 2006 in ihrem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert haben. Sicherlich macht es vielen Senioren Freude, doch für die MMW gibt es dringlichere Aufgaben in der Seniorenarbeit, z. B. eine Barrierefreiheit auf allen öffentlichen Wegen oder einen Anrufbuss, da sich viele Senioren ein Taxi nicht leisten können. Viele Senioren haben signalisiert, dass eine Kostenbeteiligung akzeptiert werden würde. Die Fraktion MMW stellt den Er-

weiterungsantrag, die Kostenbeteiligung wie im Fachausschuss mehrheitlich beschlossen, hier zu beschließen und die freiwerdenden Mittel in eine qualifiziertere und sozialere Seniorenarbeit zu führen.

Ratsherr Tischer hält die Argumentation der SPD für schlecht. Die SPD sieht es immer bezüglich des Haushaltes so, dass kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem besteht. Auch wenn die Steuerausfälle nicht gekommen wären, müsste die Tatsache von fortlaufenden Defiziten im Haushalt berücksichtigt werden, wenn auch nicht in dieser Stärke. Es besteht die Notwendigkeit zu sparen. 30.000 € retten die Haushaltssituation der Stadt Varel nicht, aber es gibt eine Signalfunktion in einer Zeit in der sämtliche Beschlüsse der Fachausschüsse, soweit sie mit dem Haushalt 2008 verbunden sind, jeweils mit dem Vorbehalt der Finanzierung im Haushalt verbunden werden. Ratsherr Tischer kritisiert, dass der Seniorenpass nicht gleich wie alle anderen Dinge, mit auf den Prüfstand gestellt wird und hält dies für keine gute Voraussetzung für den Haushalt 2008. Ihm würde ein Kuchen auf Kredit nicht schmecken. Der Rat muss sich der Abwägung zwischen dem einen und anderen Engagement bewusst werden, dabei darf die Qualität anderer Dinge nicht vergessen werden.

Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es in der Kommune erheblich wichtigere Aufgaben, denen man sich nicht zuwenden kann, weil das Geld fehlt, z. B. die frühkindliche Förderung und dem Thema Schulabgänger ohne Schulabschluss. Wenn wenig Geld zur Verfügung steht, besteht die Verpflichtung dieses zukunftsorientiert einzusetzen. Auch ist ihnen nicht klar, warum eine Selbstbeteiligung der Senioren grundsätzlich abgelehnt wird, im Bereich des Ferienpasses diese aber akzeptiert wird. Sie werden sich daher auch in diesem Jahr dagegen entscheiden.

Ratsherr W. Langer ist enttäuscht von der Haltung der SPD-Fraktion. Er lehnt es ab, alt und jung gegeneinander aufzurechnen. Aus seiner Sicht wird mit der Kaffeefahrt auch ausgegrenzt. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden auch die Leute zu integrieren, die nicht mehr an der Kaffeefahrt teilnehmen können, z. B. durch einen Altenbesuchsdienst. Die Einrichtung eines Seniorenbeauftragten hält er für einen Schritt in die richtige Richtung, aber er könnte sich auch vorstellen, diesen besser mit Haushaltsmitteln zu versehen.

Ratsherr J. Etzold weist darauf hin, dass in Varel die Entscheidungen über die Ausgaben von der absoluten SPD-Mehrheit getroffen werden. Jede Ausgabe ist sinnvoll und es tut weh, wenn man sie zurücknehmen muss. Aber es besteht eine absolut desolante Finanzsituation, die erzwingt, dass Ausgaben reduziert werden. Dieses geht in kleinen Schritten und es sind zuerst die kleinen Ausgaben, auf die man verzichten kann, zu reduzieren. Nach Einschätzung der FDP wäre dieses der Seniorenpass, als freiwillige Leistung.

Ratsherr Müller sieht keinen Zusammenhang zwischen dem Seniorenpass und der hohen Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss. Dieses sei ein Problem des Schulrechts. Frühkindliche Förderung ist wichtig und die Stadt gibt über 1,7 Mio. € für die Kindergärten aus. In Varel gibt es ein vorbildliches Kindergartenplatzangebot. Dieses hat mit dem Seniorenpass aber nichts zu tun.

Ratsherr Kickler spricht dem Bürgermeister und der SPD-Mehrheitsfraktion Mut zu, die richtige Entscheidung zu treffen. Aus seiner Sicht können die Senioren damit umgehen, dass sie einen Beitrag für den Seniorenpass leisten müssen, wenn es der Stadt finanziell so schlecht geht. Das es bei der jetzigen Schuldenhöhe keinen Kuchen mehr umsonst geben kann, kann jeder verstehen.

Ratsherr Niebuhr kann der Stadt nicht zumuten weiterhin in Schulden zu schwimmen und sieht die Notwendigkeit da wieder heraus zu kommen. Viele würden gerne für den Seniorenpass zahlen. Er plädiert an die SPD-Fraktion an die Haushaltskasse zu denken.

Für Ratsherrn Bruns ist es unverständlich, dass immer mit der Haushaltslage argumentiert wird, gleichzeitig aber überall Vorschläge für neue freiwillige Leistungen gemacht werden. Das trägt nicht zur Haushaltsentlastung bei. Er stimmt heute gerne für den Seniorenpass, denn die Stadt hat aus seiner Sicht allen Bürgern gegenüber eine Verpflichtung. Mit einem Kostenbeitrag wird der Haushalt nicht saniert. Er kritisiert, dass den Nutzern des Seniorenpasses mittlerweile schon ein schlechtes Gewissen eingeredet wird, wenn sie ihn in Anspruch nehmen.

Ratsherr Tischer bedauert, dass über die Problematik von Jahr zu Jahr hinweggetröstet wird. Es sollte über Alternativen in der Altenproblematik nachgedacht werden.

Ratsherr Hinz ist sich dem bewusst, dass eine Eigenbeteiligung beim Seniorenpass das Haushaltsloch nicht stopfen wird, aber man muss mit kleinen Schritten anfangen.

Ratsfrau Lampe weist drauf hin, dass sie als Vorsitzende des Sozialausschusses immer alle Redebeiträge aufgenommen und beraten hat. Die SPD-Fraktion hat sich Gedanken über Alternativen gemacht, aber ist zu dem Entschluss gekommen, bei dem Seniorenpass in bisheriger Form zu bleiben.

Sie CDU-Fraktion beantragt die geheime Abstimmung. Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Auf Antrag von einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder wird geheim abgestimmt. Über den Antrag wird abgestimmt:

Stimmen dafür: 14 Stimmen dagegen: 18

Damit ist dem Antrag auf geheime Abstimmung zugestimmt.

Die Ratsfrauen Lampe und Herbst werden dazu bestimmt, die ordnungsgemäße Durchführung der Abstimmung zu überwachen und das Ergebnis festzustellen.

Beschluss:

Die Stadt Varel gibt 2008 einen Seniorenpass mit folgendem Inhalt aus:

1. Fahrt zum Schifffahrtsmuseum Bremerhaven einschl. einer Kaffeetafel,
2. eine Freikarte für den Besuch einer Theaterveranstaltung – wahlweise:
 - a) der Niederdeutschen Bühne Varel oder
 - b) des Volkstheaters Varel,
3. je 10 Besuche des
 - a) Strandbades Dangast
 - b) DanGast Quellbad
 - c) Hallenbades

Anspruch auf einen Seniorenpass haben alle Vareler Bürger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben bzw. im Jahr 2008 vollenden.

Der Seniorenpass wird kostenlos abgegeben.

Sämtliche anfallenden Kosten für die Fahrt nach Bremerhaven, den Eintritt in das Schifffahrtsmuseum und die Kaffeetafel werden von der Stadt Varel übernommen. Die anstehenden Kosten für die Benutzung der städtischen Einrichtungen sind haushaltsintern zu verrechnen.

An der Durchführung der Fahrten nach Bremerhaven soll die Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Varel, beteiligt werden.

**Ja: 18 Nein: 14
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.1.2 Tag der älteren Generation

**Ja: 18 Nein: 11 Enthaltungen: 3
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.2 Verwaltungsausschuss am 17.01.2008

Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 08.01.2008

4.2.1 Bebauungsplan Nr. 185 "Gewerbebeerweiterung Am Hafen" und 1. Änderung Flächennutzungsplan -Abwägung und Satzungsbeschluss

Einstimmiger Beschluss

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

6 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Ratsherr W. Langer regt an, bei der Ausgabe des Seniorenpasses einen kleinen übersichtlichen Fragebogen bereitzuhalten, um ein Meinungsbild über eine mögliche Kostenbeteiligung und eine modifizierte Seniorenarbeit zu erhalten.

7 Einwohnerfragestunde

- Bürgermeister Wagner erläutert auf Nachfrage nochmals den Beschluss zu Pkt. 3.

- Auf Nachfrage eines Bürgers teilt Bürgermeister Wagner mit, dass jeder Ausschussvorsitzende ein Gespür dafür hat, ob es notwendig ist eine Sitzung zu unterbrechen. Auch in der Vergangenheit wurden bereits Fachausschusssitzungen unterbrochen, um Bürgern das Wort zu erteilen.
- Ein Bürger bedankt sich bei den Ratsmitgliedern für die Beschlussfassung zu Pkt. 3.
- Auf Nachfrage einer Bürgerin, wie sie eine Kostenbeteiligung für die Annehmlichkeiten durch den Seniorenpass vornehmen kann, weist Ratsvorsitzender Funke drauf hin, dass sich die ehrenamtlichen Vereine, die bei der Kaffeefahrt unterstützen, sicherlich über eine Spende freuen würden.

Um 21:25 Uhr schließt Ratsvorsitzender Funke die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karl-Heinz Funke
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)